Detailansicht des Registereintrags

Open Source Business Alliance - Bundesverband für digitale Souveränität e.V.

Aktuell seit 10.11.2026 16:30:43

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001317
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	10.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	25.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Pariser Platz 6a 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49303001493377 E-Mail-Adressen: info@osb-alliance.com Webseiten: https://www.osb-alliance.com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge, Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
140.001 bis 150.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Peter Ganten**
   Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Diego Calvo de Nó**
   Funktion: Finanzvorstand
3. **Stefan Zosel**
   Funktion: Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
4. **Dr. Daniel Gerber**
   Funktion: Stellvertretender Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (21):

1. **Miriam Seyffarth**
   Tätigkeit bis 03/21:
   Referentin und Büroleiterin
   für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
2. **Lothar Becker**
3. **Dr. Thomas Köster**
4. **Torsten Hallmann**
5. **Simon Fröhlich**
6. **Dr. Kai Martius**
7. **Stephan Ilaender**
8. **Birgit Becker**
9. **Claus Wickinghoff**
10. **Holger Dyroff**
11. **Peer Heinlein**
12. **Uwe Presler**
13. **Ingo Wichmann**
14. **Felix Kronlage-Dammers**
15. **Rico Barth**
16. **Markus Keller**
17. **Jutta Horstmann**

18. **Peter Ganten**
19. **Diego Calvo de Nó**
20. **Stefan Zosel**
21. **Dr. Daniel Gerber**

Gesamtzahl der Mitglieder:
274 Mitglieder am 11.06.2025, davon:
35 natürliche Personen
239 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (10):
1. APELL (Association Professionelle Européenne du Logiciel Libre | The Open Source Software Business Association)
2. Eclipse Foundation Inc.
3. European Society of Digital Sovereignty e.V. (DSfDS)
4. German Unix User Group e.V. (GUUG)
5. OpenInfra Foundation (OIF)
6. The Linux Foundation (LF)
7. Open Source Security Foundation (OpenSSF)
8. DIN Deutsches Institut für Normung e. V. (DIN)
9. Ecma International
10. ALASCA e.V. (Verband für betriebsfähige, offene Cloud-Infrastrukturen e.V.)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (20):
Parlamentarisches Verfahren; EU-Gesetzgebung; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Urheberrecht; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Verwaltungstransparenz/Open Government; Automobilwirtschaft; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Open Source Software; Digitale Souveränität

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Die Open Source Business Alliance - Bundesverband für digitale Souveränität e.V. (OSBA) ist der Unternehmensverband der deutschen Open-Source-Industrie. Wir setzen uns für die Stärkung der digitalen Souveränität des Staates durch den Einsatz von Open Source Software ein. Zu diesem Zweck wollen wir die politischen Rahmenbedingungen für die Beschaffung und den Einsatz von Open Source Software insbesondere in der öffentlichen Verwaltung verbessern und zum Abbau

bestehender Hürden beitragen.

Im Zentrum unserer Arbeit steht die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch zwischen den Verbandsmitgliedern und externen Akteur:innen und Organisationen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Wir stellen die Expertise unserer Mitglieder und der Hauptamtlichen zur Verfügung und nehmen u.a. an Sachverständigenanhörungen im Deutschen Bundestag (z.B. Anhörung des Digitalausschusses zu Open Source im Dezember 2024) sowie Verbändebeteiligungen der Bundesregierung (z.B. zum Onlinezugangsänderungsgesetz oder dem CRA-Durchführungsgesetz) teil.

Wir gehen durch direkte Anschreiben sowie persönliche Gesprächstermine in den Kontakt mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie Vertreter:innen der Bundesministerien. Schwerpunkt der Interessenvertretung sind hierbei (Änderungs-)Vorschläge zu konkreten Regelungsvorhaben sowie der allgemeine Austausch darüber, wie Open Source Software und offene Standards in der öffentlichen Verwaltung erfolgreich und effizient eingesetzt werden können, wie das deutsche und europäische Open-Source-Ökosystem gestärkt werden kann und welche Rolle Open Source Software für die digitale Souveränität sowie für Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit spielt.

Wir erarbeiten und veröffentlichen regelmäßig Positionspapiere, Stellungnahmen und wissenschaftiche Studien mit Vorschlägen für gesetzliche Regelungsvorhaben. Diese Papiere senden wir sowohl an Mitglieder des Deutschen Bundestages als auch an Vertreter:innen der Bundesministerien oder nachgeordneter Behörden.

Vereinzelt vernetzen wir im Rahmen von Veranstaltungen wie Konferenzen oder parlamentarischen Frühstücken Mitglieder des Deutschen Bundestages mit unseren Verbandsmitgliedern, damit die Abgeordneten ein Verständnis von der Leistungsfähigkeit und den Angeboten und Lösungen der Open-Source-Industrie gewinnen können.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. **Cyber Resilience Act**

   Beschreibung:
   Als OSBA setzen wir uns dafür ein, dass bei der Umsetzung der EU-Verordnung zum Cyber Resilience Act (CRA) die Anforderungen und Geschäftsmodelle unterschiedlicher Akteure aus der Open-Source-Branche angemessen berücksichtigt werden (bspw. im CRA-Durchführungsgesetz). Überregulierung und Rechtsunsicherheit sollen vermieden werden.

   In diesem Zusammenhang wirken wir an der Umsetzung der "CRA Standardisation Requests" in den europäischen und nationalen Normungs- und Standardisierungsgremien mit und setzen uns dort dafür ein, dass der Bedarf und die Perspektive der Open-Source-Branche bei der Umsetzung der Anforderungen aus dem CRA berücksichtigt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6134 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/2847 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen (Cyberresilienz-Verordnung)
Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMI): Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/2847 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen (Cyberresilienz-Verordnung) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
BSIG 2025 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

2. **Open Source als Standard in der Deutschen Verwaltungscloud**

Beschreibung:
Als OSBA setzen wir uns dafür ein, dass bei der Deutschen Verwaltungscloud (DVC) vorrangig Open Source Software, offene Standards und offene Schnittstellen verwendet werden. Die Bundesregierung soll sich im IT-Planungsrat und über die FITKO dafür einsetzen, dass mehr Open-Source-Cloud-Angebote für die öffentliche Verwaltung entwickelt und angeboten werden, und dass für die Angebote der DVC verpflichtend hohe Standards für digitale Souveränität durch Open Source festgelegt werden.

Diese Anforderungen an Cloudlösungen sollen auch in Ausschreibungs- und Vergaberichtlinien verankert werden. Die Bundesregierung soll aktiv von proprietären Angeboten außereuropäischer Anbieter auf Open-Source-Cloud-Angebote umsteigen, und hierfür u.a. die Standards des Sovereign Cloud Stacks nutzen.

Interessenbereiche:
Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen,

Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406260133** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.06.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **Rahmenbedingungen für die Beschaffung und den Einsatz von Open Source Software verbessern**

Beschreibung:
Als OSBA setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung zur Stärkung der digitalen Souveränität die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Open Source in der öffentlichen Verwaltung verbessert und bestehende Hürden abbaut.

Hierfür soll die Bundesregierung sich analog zu Ländern wie Schleswig-Holstein, Sachsen oder Berlin eine eigene Open-Source-Strategie geben. Zur Umsetzung der Ziele aus der Strategie sind ggf. bestehende Gesetze zu ändern (z.B. Egovernment-Gesetz des Bundes, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen o.a.).

Interessenbereiche:
Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2502120025** (PDF - 18 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.02.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **Finanzielle Stärkung der Open-Source-Initiativen der Bundesregierung**

   Beschreibung:
   Als OSBA setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung ihre eigenen Open-Source-Initiativen, die der Stärkung der digitalen Souveränität der öffentlichen Verwaltung dienen sollen, im Bundeshaushalt kontinuierlich ausreichend finanziert.

   Zu diesen Open-Source-Initiativen gehören insbesondere das Zentrum für digitale Souveränität mit seinen Projekten OpenCoDE und OpenDesk sowie weiteren Projekten und der Sovereign Tech Fund.

   Der Großteil dieser Initiativen wurde zuletzt aus dem Haushaltstitel "532 13-042 Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte" im Etat des BMI, Einzelplan 0602, Titelgruppe 01: IT und Netzpolitik, finanziert. Wir fordern, dass dieser Titel jährlich mit mindestens 50 Millionen Euro ausgestattet werden muss.

   Betroffenes geltendes Recht:
   HG 2026 [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Digitalisierung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

   Stellungnahmen/Gutachten (2):

   1. **SG2411190022** (PDF - 5 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 05.11.2024 an:

      Bundestag
      Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
      Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   2. **SG2509010009** (PDF - 1 Seite)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 26.08.2025 an:

      Bundestag
      Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. **Vorrang für Open Source Software in Beschaffung und Vergaberecht**

   Beschreibung:

Wir fordern, dass der Staat (sowohl auf Bundes- als auch EU-Ebene) seine Verantwortung als Ankerkunde wahrnimmt und zur Stärkung der digitalen Souveränität der öffentlichen Verwaltung einen Vorrang für Open Source Software im Vergaberecht verankert.

Es soll festgelegt werden: Open Source Software soll in Beschaffung und Vergabe zum Standard werden (Open Source als Default). Dem Prinzip »Public Money Public Code« folgend, soll der Staat mit öffentlichen Geldern finanzierte Software immer unter einer Open-Source-Lizenz veröffentlichen, sodass die Software in der Folge von jedermann frei genutzt werden kann. Wenn in einem Vergabeverfahren sowohl proprietäre als auch Open-Source-Lösungen zur Auswahl stehen, sollen die Open-Source-Lösungen bevorzugt ausgewählt werden (Open Source First).

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1931 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr
1. Zuständiges Ministerium: BMVg [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7300 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2027 (Haushaltsgesetz 2027 - HG 2027)
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GWB [alle RV hierzu]; VgV 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (6):

1. **SG2411190021** (PDF - 12 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.10.2024 an:

   Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2412030025** (PDF - 37 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.12.2024 an:

   Bundestag

   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2505120003** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.02.2025 an:

   Bundestag

   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **SG2602040024** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.08.2025 an:

   Bundestag

   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. **SG2602040025** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.01.2026 an:

   Bundestag

   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **SG2609220040** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.09.2026 an:

   Bundestag

   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **Open Source im Digitalcheck verankern**

Beschreibung:
Als OSBA setzen wir uns dafür ein, dass Open Source Software, offene Standards und offene Schnittstellen sowie die Prinzipien von Nachnutzung und Kooperation im Digitalcheck auf Bundesebene verankert werden.

Der Digitalcheck dient dazu, dass gesetzliche Regelungsvorhaben von Anfang an digitaltauglich gestaltet werden.

Wir fordern, dass Legist:innen bei der Erarbeitung von Regelungsvorhaben im Rahmen des Digitalchecks frühzeitig auch Aspekte wie die Stärkung der digitalen Souveränität sowie den Einsatz von Open Source Software berücksichtigen.

Interessenbereiche:
Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406200153** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. **Verbindliche Open-Source-Vorgabe für den Deutschland-Stack**

Beschreibung:
Als OSBA setzen wir uns für eine verbindliche Umsetzung der im Deutschland-Stack formulierten Kriterien ein sowie für eine klare Ausrichtung der Deutschland-Stacks auf Open Source Software, offene Standards und offene Schnittstellen. Zudem soll eine europäische Anschlussfähigkeit des Deutschland-Stacks gewährleistet werden.

Interessenbereiche:
Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602040013** (PDF - 15 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.11.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

8. **Open Source in der EU Public Procurement Directive**

   Beschreibung:
   Als OSBA setzen wir uns dafür ein, dass bei der Reform der "Public Procurement Directive" auf EU-Ebene Open Source als Standard im EU-Vergaberecht verankert wird.

   Wir fordern, dass die Bundesregierung sich bei den Verhandlungen in Brüssel für dieses Ziel einsetzt.

   Interessenbereiche:
   Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

9. **Open Source und digitale Souveränität im EU Tech Sovereignty Package**

   Beschreibung:
   Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, bei den Verhandlungen in Brüssel darauf hinzuwirken, dass in den verschiedenen Regelungsvorhaben des Tech Sovereignty Package (Cloud and AI Development Act – CADA, EU Open Source Strategie, Chips Act) hohe Anforderungen für digitale Souveränität formuliert werden und dass ambitionierte Open-Source-First-Vorgaben für die Beschaffung zur Erreichung der digitalen Souveränität in diesen Regelungsentwürfen verankert werden.

   In diesem Zusammenhang soll die Bundesregierung auch in der Neudefinition von digitaler Souveränität in der deutsch-französischen Task Force die Vorzüge von Open Source stark berücksichtigen.

   Interessenbereiche:
   Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine

und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2606170033** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.05.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

2. **SG2611100036** (PDF - 19 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 29.10.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 340.001 bis 350.000 Euro
   Nicht rückzahlbare Zuwendung aus dem Bundeshaushalt, Einzelplan 09, Kapitel 0901, Titel 68321, Haushaltsjahr 2023 für das Verbundprojekt: ECO:DIGIT - Enabling green Computing and DIGItal Transformation; Teilvorhaben: Messverfahren Cloud und Sustainability Monitoring Cloud Computing; Förderkennzeichen: 01MN23011E

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
60.001 bis 70.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. **ScaleUp Technologies GmbH**
   Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
   Im Rahmen der Weiterentwicklung des Sovereign Cloud Stacks (SCS) stellt die ScaleUp Technologies GmbH der Open Source Business Alliance für den Betrieb des SCS Hardware-Labs für das Housing der Server-Umgebung ein Rack sowie entsprechende IP-Konnektivität im Gesamtwert von 14.000,00 Euro im Jahr 2025 unentgeltlich zur Verfügung.

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
740.001 bis 750.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Jahresabschlussbericht-2024.pdf